

Sozial gerechte Stadt Hagen?

Nach wie vor leben tausende Menschen in Hagen unter Armutsbedingungen, sorgen sich um ihre Arbeitsplätze und viele junge Menschen finden keinen Weg in gute Arbeit und sichere Perspektiven.

1500 Menschen in Hagen müssen trotz Arbeit staatliche finanzielle Mittel in Anspruch nehmen, mehr als 20.000 Menschen leben in sogenannten Bedarfsgemeinschaften. Armut verfestigt sich für viele Menschen auch in Hagen. Teile der Stadt verarmen und verlieren ihre Lebensqualität.

Die Stromarmut nimmt immer mehr zu.

Viele Bezieher von Grundsicherungsleistungen können sich den Strom nicht mehr leisten, denn der im Hartz IV-Regelsatz für Strom vorgesehene Betrag deckt bei weitem nicht die realen Kosten.

Da nützen auch keine Prepaidzähler o.ä., denn woher soll das Geld kommen.

Stromkosten müssen endlich als Kosten der Unterkunft behandelt und in voller Höhe übernommen werden.

Jede Stromsperre ist Unrecht. Dagegen muss endlich was unternommen werden.



Schäbiges Weihnachtswunder

Bundesagentur für Arbeit spart bei der Förderung Erwerbsloser und verbucht erneut Überschuss. Jobcenterchefs kassieren Prämie für harte Sanktionen

Erwerbslose und Aufstocker kennen das: Kaum ist das Jahr zur Hälfte vorbei, knausern Arbeitsagenturen und ihre Anhängsel, die Jobcenter, bei Fortbildungen, Erstattung der Bewerbungskosten oder Darlehen für Strom oder Möbel.

Auch in diesem Herbst jammerte die Bundesagentur für Arbeit (BA) über »leere Töpfe« und prognostizierte »herbe Verluste« von rund einer dreiviertel Milliarde Euro.

Doch siehe da, es ereignete sich ein »kleines Weihnachtswunder« (Handelsblatt): Wie Vorstandschef Frank-Jürgen Weise am Mittwoch gegenüber der Nachrichtenagentur dpa verkündete, habe die Behörde 2013 einen Überschuss von 60 Millionen Euro erwirtschaftet. Stark gesunkene Ausgaben hätten dies ermöglicht. Schon im Jahr 2012 hatte die BA einen »Gewinn« von fast einer Milliarde Euro verbucht.

Von Armen wird hohe Mobilität verlangt!

Sozialinitiativen fordern bezahlbare Tickets für Nutzung des Nahverkehrs.

Zunehmend kommt es zu drakonischen Verurteilungen von Schwarzfahrern.

In den meisten Fällen betrifft dies Menschen, die wenig Geld haben. Können diese dann nicht die Geldstrafe in den vorgegebenen Fristen zahlen, kommt es zu Gefängnisaufenthalten.

Hilfsangebote und Leistungsstellen müssen erreicht werden. Sie befinden sich meist zentral in der Innenstadt. Menschen mit wenig Geld wohnen aber oft nicht in zentralen Stadtteilen.

Die Menschen wollen und müssen verschiedene Institutionen aufsuchen, um bestimmte leistungsrelevante Nachweise zu beschaffen, sie müssen zu potentiellen Jobangeboten und Vorstellungsgesprächen. Von Arbeitslosen und Hilfeleistungsbeziehern wird eine hohe Mobilität verlangt.

Noch immer fehlt ein echtes Sozialticket, dessen Preis aus dem Regelsatz bezahlt werden kann.

Bürgerarbeit ein Flop!

Eines der wichtigsten Projekte während der Zeit von Ursula von der Leyen (CDU) als Bundesarbeitsministerin war die sogenannte Bürgerarbeit. Doch diese flopte. Mit dem Ergebnis, dass Zehntausende keinen regulären Job fanden, aus der Statistik fielen und danach wieder Arbeitslos wurden.

Die Bürgerarbeit wurde als das Instrument überhaupt in der Arbeitsmarktpolitik vorgestellt. Jeder Bezieher von Hartz IV sollte eine Chance erhalten, versprach die damalige Arbeitsministerin von der Leyen.

Doch nach etwa drei Jahren sieht das Ergebnis mehr als ernüchternd aus.

Die allermeisten Bürgerarbeiter sind heute wieder erwerbslos, obwohl sie damals quasi für einen Hungerlohn voller Hoffnung auf eine bessere Zukunft hinarbeiteten. Zusätzlich fielen sie ganz und gar aus der Arbeitslosenstatistik.

Demnach wurden 87.000 Hartz IV Bezieher „aktiviert“, und vermeintlich intensiver im Zuge der Bürgerarbeit betreut. 45.000 gingen in die Bürgerarbeit, arbeiteten in Pflegeheimen, als Parkreiniger oder Hilfsköche. Für mehr als 30 Stunden in der Woche bekamen sie 900 Euro netto vom Staat und des Sozialfonds ESF ausgezahlt.

Doch kaum war die Maßnahme beendet, fielen viele wieder in die Arbeitslosigkeit. Gerade einmal 20 bis 25 Prozent haben einen anschließenden sozialversicherungspflichtigen Job finden können.

"Dieses Programm diente anscheinend vor allem zur Bereinigung der Statistik

Kein Zuschuss für Brillen bei Hartz IV

- Die Brille ist im wahrsten Sinne des Wortes lebensnotwendig. Für die meisten Brillenträger ist sie wichtiger als moderne Kleidung oder ein zweites Paar Schuhe, trotzdem werden Brillen im Hartz-VI-Regelsatz nicht bedacht. 1
- Brillen, aber auch Zahnersatz und orthopädische Schuhe fallen nicht unter die sogenannte Härtefallregelung. Das heißt konkret, das Amt gewährt dafür keine Zuschüsse, weil kein laufender, sondern nur ein einmaliger Bedarf besteht.
- Natürlich steht es jedem Hartz-IV-Empfänger frei, trotzdem einen Antrag auf Kostenübernahme zu stellen. Die Argumentation könnte beispielsweise darauf bauen, dass die Sehhilfe benötigt wird, um einer geregelt Arbeit nachzugehen. Da der Gesetzgeber derartige Zuschüsse nicht vorschreibt, sind positive Entscheidungen auf diese Anträge jedoch die absolute Ausnahme. Um überhaupt eine Chance zu haben, legen Sie dem Antrag auf Kostenübernahme ein Schreiben Ihrer Krankenkasse bei, dass sie die Kosten für die neue Brille nicht übernehmen wird.
- Wer eine neue Brille benötigt und den Rechnungsbetrag nicht selbst aufbringen kann, hat natürlich auch die Möglichkeit bei der ARGE ein Darlehen zu beantragen. In der Regel liegt die Tilgungsrate bei 10 Prozent des monatlichen Regelsatzes. Über die meisten Optiker lässt sich auch eine herkömmliche Finanzierung realisieren, dann kann auf die aufwändige Antragstellung beim Amt verzichtet werden.

**Wenn Du Dich informieren oder bei uns mitmachen willst
oder Hilfe brauchst, komm zu uns, wir treffen uns
jeden dritten Donnerstag im Monat um 14.00 Uhr im DGB-Haus**



<http://www.hagen.dgb.de/Erwerbslose/index.html>

ViSdP: Jochen Marquardt, DGB-Haus, Körnerstr.43, 58095 Hagen, Telefon: 02331-3860415

